Kleine Anfrage

des Abg. Dr. Uwe Hellstern AfD

und

Antwort

**des Ministeriums für Ernährung, Ländlichen Raum
und Verbraucherschutz**

Pachtzahlungen für Freiflächen PV- und Windindustrieanlagen (WIA)

Kleine Anfrage

Ich frage die Landesregierung:

1. Leistet das Land selbst Pachtzahlungen für die Flächennutzung durch Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energien oder plant sie dies für die Zukunft (falls ja, in welchem Umfang und für welche Standorte/Flächen und Projekte)?
2. In welcher Höhe und für welche Flächen an welchen Standorten erhält das Land (seit/ab) wann Pachtzahlungen für solche Anlagen (bitte inklusive Flächen, die durch die EnBW gepachtet werden oder werden sollen, auch außerhalb Baden-Württembergs)?
3. Wie hoch ist die durchschnittliche Pacht pro PV-Anlage/WIA und Quadratmeter gepachteter Fläche (bitte unter Angabe der höchsten Pacht pro Quadratmeter und der niedrigsten Pacht pro Quadratmeter inklusive jeweiligem Standort)?
4. Inwieweit sieht sie, gerade mit Blick auf den vermehrten Bau solcher Anlagen, für die Verbraucher Auswirkungen der (hohen) Pachtgebühren auf den Strompreis?
5. Sieht sie grundsätzlich einen möglichen Interessenkonflikt zwischen Nahrungsmittelproduktion und Verpachtung von (auch ehemaligen) Ackerflächen für erneuerbare Energieanlagen?

12.7.2023

Dr. Hellstern AfD

Begründung

Da die Pachteinahmen für Wind- und Photovoltaikanlagen bedeutende Summen erreichen können, besteht nach Ansicht des Fragestellers die Gefahr, dass dadurch immer mehr auch fruchtbare Böden nicht mehr der Nahrungsmittelproduktion zur Verfügung stehen könnten. Die Kleine Anfrage soll dies erörtern und feststellen, inwieweit auch das Land selbst diese Entwicklung mit unterstützt.

Antwort

Mit Schreiben vom 9. August 2023 Nr. MLRZ-0141-2/198 beantwortet das Ministerium für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz im Einvernehmen mit dem Ministerium für Finanzen und dem Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft die Kleine Anfrage wie folgt:

Ich frage die Landesregierung:

1. Leistet das Land selbst Pachtzahlungen für die Flächennutzung durch Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energien oder plant sie dies für die Zukunft (falls ja, in welchem Umfang und für welche Standorte/Flächen und Projekte)?

Zu 1.:

Das Land leistet keine Pachtzahlungen für derartige Flächennutzungen und plant dies aktuell auch nicht.

2. In welcher Höhe und für welche Flächen an welchen Standorten erhält das Land (seit/ab) wann Pachtzahlungen für solche Anlagen (bitte inklusive Flächen, die durch die EnBW gepachtet werden oder werden sollen, auch außerhalb Baden-Württembergs)?

3. Wie hoch ist die durchschnittliche Pacht pro PV-Anlage/WIA und Quadratmeter gepachteter Fläche (bitte unter Angabe der höchsten Pacht pro Quadratmeter und der niedrigsten Pacht pro Quadratmeter inklusive jeweiligem Standort)?

Zu 2. und 3.:

Im Durchschnitt beträgt die Jahrespacht aller Standorte 4 280 Euro pro Standort bzw. 0,25 Euro pro Quadratmeter/2 500 Euro pro Hektar (jeweils gerundet). Der niedrigste Pachtzins beträgt 0,05 Euro pro Quadratmeter und der höchste Pachtzins 1,24 Euro pro Quadratmeter (jeweils gerundet). Die Pachtzinsspanne erklärt sich u. a. aufgrund standortbezogener Sonderfaktoren (beispielsweise für die Übernahme von Risiken belasteter Böden durch den Nutzungsberechtigten oder den Betrieb einer Anlage für Forschungszwecke).

Verpachtung von Flächen für Photovoltaik

PV-Standort	Pachtfläche (verpachtet/Quadratmeter)	Vertragsabschluss
Rastatt	19.774 m ²	2009
Crailsheim	56.629 m ²	2010
Heimsheim	1.497 m ²	2012
Neckarwestheim	9.670 m ²	2020
Ehingen	14.450 m ²	2021
Ihringen	1.440 m ²	2023

Pachtflächen der EnBW

Die Landesregierung hat keine Kenntnis bezüglich der Flächen, die durch die EnBW Energie Baden-Württemberg AG (EnBW AG) gepachtet werden oder gepachtet werden sollen, da sie der Vertraulichkeit von Verträgen unterliegen und wettbewerbsrelevante Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse der EnBW AG betreffen.

Verpachtung von Staatswaldflächen

ForstBW verpachtet Windenergiestandorte schwerpunktmäßig seit 2012. In dem Zeitraum bis 2022 lagen die jährlichen Pachtzahlungen für diese Verträge zwischen 25 000 Euro und 110 000 Euro pro Windenergieanlage. Der aktuell zu erzielende Marktpreis liegt gegenwärtig auch teilweise über diesen Beträgen. Der durchschnittliche Flächenverbrauch für die dauerhaft benötigten Flächen liegt pro Windenergieanlage bei 0,5 bis 0,7 Hektar.

PV-Freiflächenanlagen spielen bei ForstBW gegenwärtig keine Rolle. Hierzu können keine repräsentativen Aussagen gemacht werden.

Aufgrund der Datenschutz-Bestimmungen und des Schutzes von Betriebsdaten sind durch ForstBW keine Aussagen hinsichtlich konkreter Standorte im Hinblick auf Pachtzahlungen von Windenergieanlagen möglich.

4. Inwieweit sieht sie, gerade mit Blick auf den vermehrten Bau solcher Anlagen, für die Verbraucher Auswirkungen der (hohen) Pachtgebühren auf den Strompreis?

Zu 4.:

Auswirkungen auf die Strompreise für Verbraucherinnen und Verbraucher aufgrund der Pachtpreise für Flächen, auf denen Photovoltaik-Freiflächenanlagen oder Windenergieanlagen errichtet und betrieben werden, sind nicht bekannt.

Die Vergütungen für Erneuerbare-Energien-Anlagen nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) wurde früher durch die EEG-Umlage auf die Stromkunden umgelegt. Zur Entlastung der Stromkunden wurde die EEG-Umlage Jahr 2022 auf Null abgesenkt. Insofern wirkt sich die finanzielle Förderung der Windenergie nicht mehr auf den Strompreis aus. Aus Gründen der Kosten- bzw. Fördereffizienz wird die finanzielle Förderung von Windenergieanlagen seit 2017 in Ausschreibungen durch die Bundesnetzagentur bundesweit im Wettbewerb ermittelt.

Im Falle einer Vermarktung der Strommengen ohne Förderung in der sonstigen Direktvermarktung stehen die Windenergieanlagenbetreiber im Wettbewerb am grenzkostenbasierten Strommarkt, sodass auch hier kein Einfluss auf die Strompreise zu erwarten ist.

5. Sieht sie grundsätzlich einen möglichen Interessenkonflikt zwischen Nahrungsmittelproduktion und Verpachtung von (auch ehemaligen) Ackerflächen für erneuerbare Energieanlagen?

Zu 5.:

In einem dicht besiedelten Land wie Baden-Württemberg ist grundsätzlich der Druck auf die Fläche gegeben, und es entsteht leicht eine Konkurrenzsituation zwischen unterschiedlichen Nutzungen. Daher ist die Landesregierung bestrebt, hier eine Harmonisierung zu erreichen, mögliche Flächenkonkurrenzen zu mindern. Entsprechend der Studie „Sektorziele 2030 und klimaneutrales Baden-Württemberg 2040“ bestehen ca. zwei Drittel des Photovoltaikbestands aus Gebäudeanlagen und ca. ein Drittel aus Freiflächenanlagen (vgl. Drs. 17/1772).

Um die landwirtschaftliche Wertigkeit betroffener Flächen in Entscheidungsprozessen angemessen zu berücksichtigen, stellt die Landwirtschaftsverwaltung die Daten der Flurbilanz zur Verfügung. Darüber hinaus setzt sich das Land für die Erforschung und Praxiseinführung multifunktionaler Systeme wie der Agri-Photovoltaik ein, die durch eine Kombination von energetischer und landwirtschaftlicher Nutzung dazu beitragen können, die Flächenkonkurrenz zu mindern. Aus Sicht des Ministeriums für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz sollten Freiflächen-PV vorrangig auf geringwertigen Böden gebaut werden. Den Gemeinden kommt dabei eine Schlüsselfunktion zu.

Flächen für Windenergieanlagen stehen bis auf eine begrenzte Flächeninanspruchnahme im Mastfußbereich im Wesentlichen weiterhin für die bisherige Nutzung, z. B. Land- oder Forstwirtschaft, zur Verfügung und verursachen daher im Verhältnis der verschiedenen regenerativen Energiebereitstellungsmöglichkeiten einen relativ geringen Flächendruck. Das Land setzt sich darüber hinaus dafür ein, den erforderlichen Waldausgleich für Windenergieanlagen nach Möglichkeit ohne Neuinanspruchnahme landwirtschaftlicher Fläche zu realisieren.

Hauk

Minister für Ernährung, Ländlichen Raum
und Verbraucherschutz